Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.
www.baptisten.de | Bundesgeschäftsstelle

Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R. • Johann-Gerhard-Oncken-Str. 7 • 14641 Wustermark

Präsident der Konferenz Europäischer Kirchen
Herrn Bischof Rt. Rev. Christopher Hill KCVO, DD
Rue Joseph II, 174
1000 Brüssel
Belgien

Elstal, den 27. März 2017

Unser Ja zu Europa

Kommentar aus Sicht des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden zum Offenen Brief der Konferenz Europäischer Kirchen zur Zukunft Europas

Sehr geehrter Bischof Hill, sehr geehrtes Präsidium,

Gnade sei mit Ihnen von Gott unserem Vater und Herrn Jesus Christus.

Als deutsche evangelische Freikirche begrüßen wir das Anliegen der Konferenz Europäischer Kirchen und unterstreichen den Wunsch, die Grundwerte Europas auch für die Gestaltung der Zukunft Europas grundlegend zu beachten.

Wir würdigen die außerordentliche Bedeutung der Europäischen Union, die nicht nur einen positiven wirtschaftlichen Aspekt für die Mitgliedsländer gebracht hat und weiterhin bringen soll. Wir verstehen die EU auch als Ergebnis eines Versöhnungsprozesses, der aus sog. „Erbfeinden" Partner und Freunde gemacht hat. Ein sich daraus entwickeltes gesamteuropäisches Zusammengehörigkeitsempfinden ist Grundlage für fast 70 Jahre Frieden in Mitteleuropa – eine so lange Friedensperiode hat es in der bisherigen Geschichte unserer Region noch nicht gegeben. Gegen alle national-egoistischen Tendenzen muss dieser gemeinsame Wille zu Frieden und Verständigung aufrecht erhalten bleiben. Die zentrale Frage für die Zukunft Europas ist darum, ob konkrete politische Überzeugungen und Maßnahmen Frieden und Verständigung fördern und bewahren oder ob diese gefährdet werden. Wir unterstreichen damit das generelle Ziel der EU, wie es in Artikel 3 (1) formuliert ist: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern."

Es schreibt Ihnen:
Pastor Christoph Stiba
Generalsekretär
Tel.: +49 33234 74100
Fax: +49 33234 74199
Mail: generalsekretaer@baptisten.de

Bundesgeschäftsstelle
Johann-Gerhard-Oncken-Str. 7
14641 Wustermark / OT Elstal

Tel.: 033234/74-105
Fax: 033234/74-199

E-Mail: BEFG@baptisten.de
www.baptisten.de

Bankverbindung:
Konto Nr. 33308
BLZ 500 921 00
Spar- und Kreditbank EFGeG
Bad Homburg v.d.H.
IBAN: DE14 5009 2100 0000 0333 08
BIC: GENODE51BH2

Gemeinsam mit den Kirchen Europas stellen wir uns zu allen Grundwerten Europas, wie sie in Artikel 2 und 3 des Grundlagenvertrags von Lissabon festgehalten wurden und wie sie in dem Offenen Brief der Kirchen Europas formuliert wurden.

Wir betonen dabei besonders: Als erster Wert wird in Artikel 2 die „Achtung der Menschenwürde" genannt. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, ist aktuell in Gefahr. Die Achtung der Menschenwürde ist unteilbar. Sie gilt nicht nur den Bürgern der EU, sondern auch denen, die an die Außengrenze der EU kommen und um Asyl nachfragen. Die Achtung der Menschenwürde ist höher zu achten als die Rücksicht auf nationale Interessen und kurzfristige Wahlerfolge. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung – auch für Menschen, die in ihren Ländern Hunger, politische Willkür, Verfolgung und Bürgerkrieg. erleiden

Für Christen ist die Menschenwürde ein von Gott zugesprochener Wert für jeden Menschen. Er leitet sich aus dem Glauben an den Schöpfer ab, wird durch die Sendung Jesu Christi unterstrichen und durch die allgemeine Gabe des göttlichen Geistes an jeden Menschen konkret. Für Baptisten gehört die Achtung der Menschenwürde zu den Grundprinzipien unserer Kirche. Wir verweisen besonders auf prominente Vertreter wie Dr. Martin Luther King Jr., der mit seinen Mitstreitenden die Würde jedes Menschen egal welcher Hautfarbe gefordert hat. Heute gilt es, die Würde jedes Flüchtenden zu wahren und dieser Würde entsprechende Maßnahmen für die Beantragung von Asyl zu gestalten.

Wir verstehen die in Artikel 2 weiter aufgeführten Werte Demokratie, Gleichheit u. a. als abgeleitete Werte, die alle der Achtung der Menschenwürde zugeordnet werden können. Darum ist in einigen Ländern Europas, die euphemistisch als „gelenkte Demokratien" bezeichnet werden, nicht nur die Regierungsform der Demokratie angefragt, sondern häufig auch die Würde des Einzelnen, besonders des Andersdenkenden und Anderslebenden in Gefahr. Dagegen müssen Vertreter und Institutionen Europas immer wieder ihre Stimme erheben.

Wir stellen fest, dass die Grundwerte und ihre Einhaltung christliche Forderung sind. Und wir stellen in gleicher Weise fest, dass die Forderung nach freier Religionsausübung für jede und jeden ausdrücklich allen Religionen und auch Nichtreligiösen gelten muss. Eine Dominanz von Kirchen in einzelnen Ländern und Gesellschaften ist zu kritisieren, wenn damit Diskriminierungen von Nichtmitgliedern einhergehen.

In ihren Beziehungen zu anderen Staaten verpflichtet sich die EU in Artikel 3 (5) zu „... einem Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen."

Besonders die globale nachhaltige Entwicklung, wie sie in den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen neu formuliert wurde, ist uns ein Anliegen. Europa trägt mit seiner Wirtschaftsmacht und den wirtschaftlichen Interessen einzelner Länder und Unternehmen nicht immer zur Bekämpfung der Armut bei, sondern verstärkt diese zum Teil durch

sein Wirtschaftshandeln in Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, das stärker an seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen orientiert ist. Sonntagsreden machen niemanden satt. Wir fordern konkrete Ziele zur Förderung eines freien und gerechten Handels. Auch die Verabschiedung und Einhaltung von Klimaschutzabkommen, wozu wir als Christen uns in der Verantwortung vor dem Schöpfergott verpflichtet wissen, ist eine Konkretisierung der Verantwortung der EU im weltweiten Zusammenhang.

Wir machen uns den Aufruf im Offenen Brief der KEK zu Eigen und betonen:
Gemeinsam mit dem Vorstand der KEK bekräftigen wir darum das Verständnis der EU als Wertegemeinschaft, die Menschenwürde, Frieden, Versöhnung, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, Solidarität und Nachhaltigkeit anstrebt.

Wir wollen mit den KEK-Mitgliedskirchen und alle Christen und Christinnen in Europa unsere Anstrengungen verstärken, damit solche christlichen Werte wie die Achtung anderer Menschen, Solidarität, Diakonie und der Aufbau von Gemeinschaft im öffentlichen Leben stärker sichtbar werden.

Wir wollen als eine Kirche in Europa die Zukunft unseres Kontinents, die Rolle der Europäischen Union und unsere Vision von gemeinsamen Werten eingehend diskutieren und uns weiterhin für die Umsetzung dieser Werte in konkrete Politik einsetzen und sie von den politischen Verantwortungsträgern einfordern.

Verbunden in Christus und mit herzlichen Grüßen

Christoph Stiba
Generalsekretär

Grundwerte der EU, wie sie im sog. Grundlagenvertrag von Lissabon festgehalten wurden:

Artikel 2
Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Artikel 3
(1) Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

(2) Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem - in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität - der freie Personenverkehr gewährleistet ist.

(3) Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.
Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.

(4) Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.

(5) In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

(6) Die Union verfolgt ihre Ziele mit geeigneten Mitteln entsprechend den Zuständigkeiten, die ihr in den Verträgen übertragen sind.